

**Pressemitteilung**

Luxemburg, den 25 Juli 2022

**Solidarität mit der Autonomen Region Nord-Ost Syrien!**

**Seit dem 6 Juli hat die Autonome Administration von Rojava den Ausnahmezustand ausgerufen. Grund dafür ist die wohl bevorstehende Invasion türkischer Streitkräfte.**

Seit nun mehr als 10 Jahren und dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges, wird die kurdisch geprägte Region in Nord-Ost Syrien von der Autonomen Administration Nord-Ost Syriens geführt. Die de-facto autonome Region führt seitdem ein Programm von einer demokratischen Revolution durch. Seit dem Beginn dieses Experiments ist die Region, auch bekannt als Rojava, auf der ganzen Welt zum Symbol für eine alternative Gesellschaftsform geworden. In einem kriegsgeprägten Land hat diese Bewegung Frauenrechte gestärkt, die Demokratie erweitert und eine ökologische Transition eingeleitet. Mit dem Projekt des demokratischen Konföderalismus wird versucht ein Gegenmodell zu den etablierten Staaten im Mittleren-Osten aufzubauen.

Die Streitkräfte der autonomen Administration bestehen aus Einheiten der YPG, den Volksverteidigungseinheiten und der YPJ, den Frauenverteidigungseinheiten, welche zusammen mit der SDF (Syrian Democratic Forces) bekannt dafür geworden sind 2015 Kobane vom Islamischen Staat befreit zu haben.

Für den türkischen Staatspräsidenten ist allerdings die Existenz kurdischer autonomer Gebiete in der vermeintlichen geopolitischen Sphäre seines Staates ein Dorn im Auge. Seit dem Abzug der US-Truppen 2019 nutzt der türkische Machtinhaber die Situation aus um die Entfaltung der demokratischen Revolution in Rojava im Keim zu ersticken. Gleich nach dem Abzug etablierte Erdogan in Zusammenarbeit mit dem russischen Präsidenten Putin einen 50 km breiten Streifen an der türkisch-syrischen Grenze auf dem Staats-Territoriums Syriens, in welchem gezielt Geflüchtete benutzt werden, um einen demographischen Wandel in der Region zu vollziehen. Ebenfalls gibt es vermehrt Berichte, dass die türkischen Streitkräfte mit islamistischen Organisationen, wie der Al-Nusra Front zusammenarbeiten.

In den letzten Monaten wurden die verbalen und die tatsächlichen Angriffe auf die autonome Region immer häufiger und direkter. Die kurdische Seite befürchtet, dass die Türkei bei den jüngsten Verhandlungen zum Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens von den westlichen Staaten einen Freibrief für eine Invasion erhalten hat. Hier läuft ein Volk Gefahr, zum Opfer eines Präsidenten zu werden, der sich auf einer historischen Mission sieht den Ruhm des osmanischen Reiches wiederaufzubauen.

Deswegen fordern wir als déi Lénk die Luxemburger Regierung auf, ihre Stimme zu nutzen, um sich gegen einen Angriff auf die Autonome Region Nord-Ost Syriens auszusprechen. Im Falle einer Invasion fordern wir Sanktionen, die gezielt auf die Verantwortlichen in Ankara angewendet werden. Unilaterale Angriffskriege bleiben völkerrechtswidrig, ob sie von Russland ausgehen oder einem NATO-Partner, also muss die Reaktion der Internationalen Gemeinschaft die gleiche sein! Wir fordern alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um einen sofortigen Stopp jeglicher Invasionspläne seitens der Türkei zu erreichen!

Bijî Berxwedana Rojava!

Mitgeteilt von déi Lénk.